




## SPD-Vorschlag zur Ost-West-Rentenangleichung schafft neue Ungerechtigkeiten

SPD-Vorschlag zur Ost-West-Rentenangleichung schafft neue Ungerechtigkeiten  
Niedrigere Löhne im Osten höher werten  
Der 2. Parteikonvent der SPD hat am Wochenende beschlossen, die Ost-West-Rentenangleichung voranzutreiben. Dazu erklärt der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling: "Neue Ungerechtigkeiten sind mit der von der SPD geplanten Ost-West-Rentenangleichung verbunden. Die SPD hat nämlich kein Konzept, das schlüssig erklärt, wie die Stufen der Angleichung genau aussehen. Es ist ein Trugschluss, es könnte bei einer Angleichung nur Gewinner geben. Die sich aus aktuellen Schätzungen ergebende deutlich unterschiedlichen Anpassungssätze von voraussichtlich etwa 1% im Westen und ca. 3% im Osten zeigen für das kommende Jahr deutlich, dass der Prozess der Lohnangleichung in Ost und West noch voranschreitet. Solange es im Osten noch durchschnittlich niedrigere Löhne gibt als im Westen, bleibt es sachgerecht, diese entsprechend der geltenden Rechtslage hochzuwerten und die bestehenden Unterschiede so auszugleichen. Es wäre allerdings ungerecht für Rentner im Westen, wollte man den Rentenwert künstlich angleichen und zugleich den Ostrentnern die Höherbewertung belassen. Denn schon heute bekommt bei exakt gleichem Lohn ein Rentner dank der Hochwertung im Osten eine höhere Rente als sein Kollege im Westen. So bekommt ein Angestellter im öffentlichen Dienst in Frankfurt an der Oder zwar den gleichen Lohn wie sein Kollege in Frankfurt am Main, erhält aber daraus eine um rund 5% höhere Rente. Dieser Effekt würde sich bei Umsetzung des SPD-Konzepts verschärfen, wenn die Hochwertung bei der Rentenangleichung bis 2020 zunächst beibehalten würde. Eine vorzeitige Rentenangleichung hätte zudem für Ostrentner mit niedrigeren Verdiensten als im Westen den Effekt, dass sich Lohnangleichungen weniger stark auf die eigene Rente auswirken. Daher hilft die von der SPD in Aussicht gestellte Rentenangleichung den Menschen nicht. Sie schafft falsche Erwartungen und neue, Ungerechtigkeiten."  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/227-52267  
Telefax: 030/227-56115  
Mail: fraktion@cducsu.de  
URL: <http://www.cducsu.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=515359](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=515359)

### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.